**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 16 (1936-1937)

Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Volksgenossen zur Mitarbeit, zu Dienst und Mitherrsichaft — nach Maßgabe seiner Kompetenz. Aber für seine Mitarbeit und Mitherrschaft muß er Berantwortung eintauschen — Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft seines Volkes. Das ist Demokratie, die sich im Sturm der Zeit, des angeblich "antidemokratischen" Jahr-hunderts, einzig bewähren wird.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

In Sachen gegen grantfurter — hausamanns großer Erfolg.

Mit dem 14. Dezember 1936 ist für das schweizerische Forum eine Angelegens heit abgeschlossen, die nicht nur an sich zu den unerfreulichsten Dingen der Rachtriegszeit gehörte, sondern zudem die Beziehungen zwischen Deutschland und ber Schweiz in einem schier unerträglichen Mage belastete. Das Urteil des bundnerischen Kantonsgerichts im Prozeß Frankfurter ist scharf und gerecht. Bom rein rechtlichen Standpunkt aus gesehen war ein anderes Urteil nicht zu erwarten, benn die Konstruktion der Tat Franksurters als Totschlag erschien doch wohl bei näherer Aberlegung für jeden objektiv Denkenden völlig unhaltbar. Das Gericht konnte beshalb in keinem Falle unter das gesetliche Minimum bei Mord mit mildernden Umständen, also unter 15 Sahre Zuchthaus, geben. Anderseits ware bas in ber Praxis des Gerichts festgelegte Maximum von 25 Jahren Zuchthaus ebenso untragbar gewesen, benn eine rubige und unvoreingenommene Wertung ber Tat Frankfurters mußte gewisse Milberungsgründe ohne weiteres anerkennen. Diese hat nun das Gericht auch in dem erforderlichen Umfang berücksichtigt. Ein Freispruch, burch Berneinung der Zurechnungsfähigkeit überhaupt, stand außer Betracht, und auf eine andere Beise zu einem Freispruch zu gelangen, erschien ebenso unmöglich, da das bündnerische Strafgeset irgendwelche Ausnahmebehandlung für politischen Mord nicht kennt. Zudem ist es ganz zweifellos, daß die überwiegende Mehrheit unseres Bolkes ein freisprechendes Urteil als völlig ungerecht empfunden hätte, wie aber auch die Annahme eines Totschlags durch das Gericht ebenso wenig verstanden worden wäre.

So ist das in Chur gefällte Urteil in jeder Beziehung zu begrüßen. Es schafft Recht und es schafft Klarheit. Das letztere aber war dringendes Erfordernis.

Um diesen Prozeß und seine Zusammenhänge ist viel zu viel geschrieben worben, und zwar von beiden Seiten. Dies rührte vor allem daher, daß die unselige Tat Franksurters ohnehin in eine politisch äußerst geladene Atmosphäre gesallen ist. Eine kaum mehr zu überbietende Pressehete gegen die nationalsozialistischen Organisationen auf Schweizerboden, vor allem aber gegen deren Leiter, Gustloff, war vorangegangen. Ausgedehnte Debatten in beiden Häusern des eidgenössischen Parlaments waren um diese Angelegenheit geführt worden und trot den ruhigen, klaren und beruhigenden Feststellungen von Bundesrat Baumann hatten sie nicht vermocht, die Angrisse irgendwie zurückzubinden. Dabei war doch vor aller Össentzlichkeit sestgestellt worden, daß Gustloff nicht nur ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle gewesen ist, sondern daß er außerdem die Gesetze des Gastlandes strikte innegehalten hatte. Wir selbst hatten Gustloff an zwei auseinandersolgenden

Parteitagen ber nationalsozialistischen Partei in Nürnberg gesehen und mit ihm gesprochen, und man konnte tatsächlich von dem Manne einen anderen Eindruck nicht bekommen, als den eines geraden, flotten und anständigen Menschen, der gewillt war, die ihm übertragene schwere Mission mit Takt und Zurückhaltung zu vertreten. Und niemand kann im Grunde bestreiten, daß Gustloff das in vollem Umfange getan hat.

Die Tat des judischen Studenten Frankfurter ist nach brei Richtungen poli-

tisch ausgewertet worben:

1. benütten die dem Nationalsozialismus feindlichen Kreise die Gelegenheit, Frankfurter als Märthrer hinzustellen und ihm die Gloriole des Rächers um ben Ropf zu binden, worüber ein Buch geschrieben wurde, von Emil Ludwig;

2. versuchte der Nationalsozialismus auf gegebenes Stichwort hin, die Tat als Ergebnis eines Komplotts des Weltjudentums hinzustellen und demnach nicht den David Frankfurter, sondern das gesamte Weltjudentum auf die Anklagebank zu sehen, worüber ebenfalls ein Buch geschrieben wurde, von Wolfgang Diewerge;

3. wurde versucht, eine intellektuelle Mitschuld einer gewissen schweizerischen Bresse zu konstruieren und damit diese auch noch auf die Anklagebank zu bringen.

Alle brei Versuche sind völlig gescheitert. Der Verlauf und das Ergebnis des Prozesses haben gezeigt, daß diese drei Auswertungen uns begründet waren und nichts anderes vorlag, als die Tat eines Einzelnen, ohne Anstister und Mitbeteiligte. Damit sind zugleich die politischen Nebelschwaden zersstoden, die um die Person des Franksurter von interessierter Seite produziert wursden, und das ist gut so. Das eine verdient vorab sestgehalten zu werden, daß nämlich die Parteigänger Gustloss und mit ihnen das ganze deutsche Bolk tatssächlich allen Grund hatten, über die ruchlose Tat von Davos empört zu sein. Ein Unschuldiger war seige hingemordet worden, hingemordet von einem nichts weniger als heldenhasten Subjekt, eine Frau war ihr Leben lang in schwerzliche Trauer versett worden und ein ganzes Volk hatte der Täter aus tiesste beleidigt. Deshald stand das Schweizervolk in seiner überwiegenden Mehrheit auf der Seite des Ersmordeten gegen den Mörder, auf der Seite des beleidigten Volkes gegen den ruchslosen Täter, und dies aus dem selbstverständlichen Kechtsempfinden heraus, und obwohl es sür den Nationalsozialismus keine große Sympathie empfindet.

Aus diesem Grunde mußten auch die Versuche, das Schweizervolk und das Gericht vor den antisaszistischen Wagen zu spannen, sehlschlagen. So hat die Broschüre des Emil Ludwig keinerlei nachhaltigen Eindruck hinterlassen, und wenn etwas durch den Verlauf des Prozesses völlig widerlegt wurde, so ist es bestimmt

dieses Produtt eines fanatischen Sasses.

Man hat viel darüber gesprochen, ob die Tat Franksurters politisch zu werten sei oder nicht. Die Begründung des in Chur ergangenen Urteils ist zwar im Augensblick, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht bekannt, aber es ist doch wohl anzunehmen, daß auch die politischen Motive bei der Zubilligung von Milberungssgründen wenigstens indirekt mitgespielt haben. Daß die Tat des Franksurter in letzter Linie irgendwie politisch bedingt war, wird doch tatsächlich niemand bestreiten wollen. Es steht jetzt sest, daß Franksurter sich das Leben nehmen wollte, und er gedachte nun, zur Besriedigung seines antinationalsozialistischen Haßgesühles einen Exponenten dieser Bewegung mitzunehmen. Das ist natürlich ein politisches Motiv, denn ohne dies hätte Franksurter gewiß nicht einen ihm völlig uns bekannten und absolut integern Mann, der ihm gar nichts zuleide getan hat, erschossen.

An sich nun könnte eigentlich niemand über eine Reaktion eines jüdischen Attentäters gegen eine nationalsozialistische Persönlichkeit erstaunt sein, am wenigsten die Nationalsozialisten selbst. Denn schließlich bestreitet auch in Deutschland niemand, daß bie Tendenz beveits in verschiedenen Gesetzen niedergelegt
ist, die Juden aus dem deutschen Volkskörper auszustoßen und sie zu einer absolut

zweitrangigen Rasse zu begradieren. Und man brauchte im übrigen ja nur abund zu den "Stürmer" zu lesen, dessen Leiter von der höchsten Stelle des nastionalsozialistischen Staates in geradezu aufsallender Weise gefördert wurde, um im Bild zu sein, was beabsichtigt war.

Aber der kleine Frankfurter war nun gar nicht der Rächer der Ehre seines-Bolkes; das hat der Prozeß in aller Eindeutigkeit sestgestellt. Vielmehr ist ihm ganz offensichtlich eine erheblich gemeine Gesinnung eigen. Das zeigte sich eben darin, daß das primäre Motiv des Handelns nichts anderes war, als die Berznichtung des eigenen Lebens und daß es voraussichtlich überhaupt nie zu der Tat gekommen wäre, wenn Franksurter nicht aus dem Selbstmordkomplex heraus glaubte handeln zu müssen. So ist sestzustellen, daß von einem eigentslichen politischen Mord nicht gesprochen werden kann, wenn auch gewisse polistische Motive mitgespielt haben mögen, die sich wohl irgendwie, direkt oder ins direkt, als Milberungsgründe im Wahrspruch des Gerichts sinden werden.

Daß speziell unter biesen Umftanben - angesichts ber gemeinen Gesinnung bes Mörders — die beutsche Presse emport war, bedarf keiner Erklärung. Daß. aber in dieser Richtung erheblich übers Ziel hinausgeschoffen wurde, steht ebenfalls fest. Wie auf gegebenes Stichwort hin wurde eine sogenannte 1,,, Rom= plott=Theorie" aufgestellt und biese nach allen Richtungen ausgebaut und vertreten. Dabei hat doch wirklich der Prozeß gezeigt, daß irgend ein schlüssiger Beweis für das Bestehen eines Romplotts eben einfach nicht geleistet worden ist. Die Notizen des Frankfurter auf der Zigarettenschachtel lassen sich ebenso gut ganz. anders erklären, die Tatsache, daß sich das "Weltjudentum" um den Fall interesfierte und, nicht nur bas, die Angelegenheit zu einer Aktion gegen ben Nationalsozialismus ausbaute, ift ebenfalls tein Beweis für ein Romplott vor ber Tat. Ein nachträgliches Komplott ist aber nun einmal logisch nicht möglich. Wie man im Prozeß erfahren hat, ist versucht worden, den eidgenössischen Behörden in dieser Beziehung Winke zu geben und dabei hat sich natürlich der nachgerade etwas aufbringliche Herr Fleischhauer in Erfurt besonders hervorgetan. Diese Einflußnahmen waren unnötig und unerwünscht und die angestellten Untersuchungen haben erwiesen, daß sie auch unbegründet waren.

Am schlimmsten aber wurde in der deutschen Presse, abgesehen von Herrn Dr. Förger, mit dem Verteidiger des Angeklagten, Herrn Dr. Eugen Eurti, versahren. Man wird zugeben müssen, daß eine erhebliche Verärgerung der deutschen Presse über diesen Mann eintreten mußte, der einen vollen Verhandlungsstag lang mit teils schlüssigen, teils allerdings etwas fragwürdigen Dokumenten die antisemitische Politik, die in Deutschland betrieben wird, bloßlegte. Man wird sich aber darüber klar sein, daß dem Verteidiger gar nichts anderes übrig blieb, denn nur auf dieser Basis konnte er seine Aufgabe, Milderungsgründe für den Angeklagten geltend zu machen, erfüllen. Vielleicht wäre es allerdings ans gebracht gewesen, sich auf die Viedergabe amtlicher Anordnungen und dokumenstarischer Bilder zu beschränken, die ja an sich schon genug besagen.

Bei aller Anerkennung der psichologisch verständlichen Empörung über diesen Mann muß aber doch festgestellt werden, daß hier ein großes Unrecht geschehen ist. Wer Herrn Dr. Curti kennt, der weiß, daß er von jeher einer der begeistertsten Freunde und einer der tapsersten Verteidiger der deutschen Kultur, des deutschen Volkes gewesen ist. Er gehört zum Kreise derzenigen, die die Ungerechtigkeit des Vertrages von Versailles zu einer Zeit öffentlich auss schärsste bekämpften, als viele von denen, die glauben, heute ihre hochwohllöbliche Kritik an ihm ansbringen zu müssen, noch in den politischen Windeln lagen. Dr. Eugen Curti standin der ersten Reihe derer, die im Jahre 1920 die einseitige Vindung der Schweiz an die siegreichen Westmächte bekämpsten, indem sie den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund ablehnten. Sein einziges Verbrechen ist, daß er sich als Gegner des Nationalsozialismus bekennt. Zugegeben: er hat im Prozeß diese Gegnerschaft

vielleicht etwas zu deutlich betont. Aber ich glaube doch, daß dies kein Grund ist, einen tapseren und treuen Freund des deutschen Bolkes in der Art und Weise zu behandeln, wie es geschehen ist.

Der bestiedigende Abschluß des Mordprozesses Franksurter wird eine Entspannung der deutsch schweizerischen Beziehungen im Gesolge haben, die dringend zu begrüßen ist. Es ist zu hoffen, daß die unerträgliche Spannung, die zuleht diesen Beziehungen beinahe den Charakter der Feindseligkeit gegeben hat, auf beiden Seiten der Grenze als heilsame Warnung dienen werde, indem einerseits unsere schweizerische Linkspresse sich in ihren Angriffen auf den Nationalsozialismus endlich mäßigt, andererseits aber auch auf der anderen Seite der Grenze übertriebene Empfindlichkeit vermieden und es dem Schweizervolk nicht übel genommen wird, wenn es, in seiner überwiegenden Mehrheit mit Deutschland kulturverbunden, angesichts gewisser Maßnahmen und Tendenzen ein kristisches Erstaunen nicht unterdrücken kann.

Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, geht die Meldung von dem ebenso ersreulichen Abschluß eines anderen Prozesses ein. Herr Haupt-mann Hat in seinem Ehrverlehungsprozeß gegen den Rommunisten Bodenmann einen glänzenden Ersolg errungen, der ihm nach den maßlosen Angriffen, denen dieser vaterlandstreue und tapsere Mann ausgeseht war, wohl zu gönnen ist. Mit unseren Glückwünschen an ihn verbinden wir die Hoffenung, daß Hausamann seine schwere und äußerst verdienstvolle Tätigkeit weiter mit so großem Ersolg ausüben werde, wie er es bisher getan hat.

Bajel, den 15. Dezember 1936.

Sann b. Sprecher.

## Zur politischen Lage.

Léon Blum halt sich immer noch. / Deutschlands Arme greifen in die Nähe und in die Ferne. / Winterlicher Stillstand im spanischen Bürgerkrieg. / Mrs. Simpson stürzt Eduard VIII.

Der selbstgewählte Hinschied des Innenministers Salengro konnte für die innere Gestaltung Frankreichs nicht ohne Wirkung bleiben. In allen Parteien war man sich barüber klar, daß die nachgerade beliebt gewordene Berleumbung von Polititern burch die Presse ein Ende finden muffe. Blum fand barum einen guten Boben vor, als er ein neues Pressegeset verlangte. Ausbrücklich wurde betont, daß sich dieses neue Gesetz nicht gegen die Meinungsfreiheit, sondern gegen die Vergiftung der öffentlichen Meinung durch Standale richte. Bisber hatten sich nämlich die Fournalisten die Tatsache, daß man auch bei boshafter Berleumdung von Politikern sozusagen straflos ausging, weidlich zu Nupe gemacht. Dem will nun das neue Pressegeset abhelfen: Der Journalist foll verantwortlich werben. Die Gerechtigkeit erforbert ben Berichtigungszwang, und ber schnelleren Birksamkeit ber Straffanktionen dient auch die nunmehrige Aburteilung burch ben Berufsrichter anstatt durch das Schwurgericht. So kam also selbst die französifche Republik bazu, das übermaß der bisher durch Did und Dunn bewahrten Pressefreiheit zu beschneiben. Daneben aber hatte die Regierung noch andere Sorgen. Seit Monaten dauern nämlich die sozialen Wirren, denen sie durch eine Arbeitsrechtform begegnen will und muß. Es kommen eben immer noch Fabrikbesetzungen vor, und wenn es anch den Mobilgardiften in einem Falle gelungen ift, die Fabriken zu fäubern, fo kann sich boch die Regierung andererseits offenbar nicht auf diese Ordnungsorgane verlassen, benn sie haben sich im gleichen Kalle bereit gefunden, die Streikposten zu verstärken. Die die geplante Arbeitsrechtsform beherrichenden Gedanken geben einerseits babin, ben Gewerkichaften eine größere Bebeutung zu verleihen, andererseits dahin, Arbeitskonflitte nur bei wirklich gewerkschaftlichen Interessen und somit bei Zustimmung der Mehrheit der Arsbeiter zuzulassen. Ein ebenfalls in diese Kategorie gehörendes Geset über die Beislegung von Arbeitskonflikten durch ein Schiedsverfahren ist bereits angenommen worden. Es will uns scheinen, daß diese sozialpolitische Geschäftigkeit jedoch nur notdürftig die innenpolitischen Schwierigkeiten der Volksfront — von der die Ras

bikalen jungst wieder abzufallen brohten — zu verwischen vermöge.

Außenpolitisch scheint nun alles in Frankreich zum Besten bestellt zu sein. Man erinnert sich an das spontane hilfsversprechen Ebens, das diefer im Namen Großbritanniens abgegeben hat, und auch daran, daß die Kammer der Regierung nach einer außenpolitischen Debatte am 6. Dezember mit 350 gegen 171 Stimmen bas Bertrauen aussprach. Wenn sich auch die Kommunisten von dieser Abstimmung ferngehalten haben, nachbem ihr Borichlag zur Baffenlieferung an Spaniens Boltsfrontregierung verworfen worden war, so siegte doch Blum diesmal unter der Devise seiner Leitgebanken: Nationale Sammlung, Berteidigung des republikaniichen Frankreichs und bes Friedens. Bei biesem Anlasse blieb auch ber Außenminister Delbos England das verdiente Treuebekenntnis Frankreichs nicht schuldig: "Die Regierung", so erklärte er, "bie ganze Nation sympathisiert mit England, bas ben Grundstein des europäischen Friedens bildet", und fuhr dann fort: "Ebenso würden alle Rräfte Frankreichs zu Baffer und zu Lande und in der Luft für die Berteibigung Großbritanniens spontan und unverzüglich eingesett, wenn dieses in nicht provozierter Beije angegriffen wurde." Dieje neue Entente läßt Frantreich wirklich - wie gesaat - außenpolitisch im besten Lichte erscheinen; die Situation stellt sich aber etwas anders bar, wenn man die innere Schwäche bieser Länder und die innere Stärke ihrer Nachbarn mit in Betracht gieht.

\* \*

Ein Land wie Deutschland, bas seinen Charafter so einheitlich umstellt und ausprägt, gerät natürlich mit seinen näheren und ferneren Nachbarn in Miß= verständnisse und Mighelligkeiten, ja in den meisten Fällen sogar zeigt sich eine vollständige Entfremdung. Bei solcher Spannung zwischen eigenem und fremdem Befen fällt bas immer wieber nötige Zusammenleben mit ben andern Nationen besonders schwer. Man steht zwar unter bem Gindrud, daß Deutschland am liebsten ganz für sich allein leben würde, aber da dies nun einmal nicht möglich ist, versteht man auch bas Bestreben seiner Außenpolitiker, überallhin Rühler auszustreden, um eine möglichst große Anzahl von Freunden um sich zu scharen. In biesen Richtung verlief einmal die Freundschaftsattion gegenüber Ofterreich, anläglich welcher Minifter Schmidt gu Berlin mit ausgesuchter Liebenswürdigfeit empfangen wurde. Deutschland halt es nun ichon für wert, Ofterreich in Ruhe zu lassen, nachbem ihm Italien, Ofterreich und Ungarn für diefes Opfer ihre freundlichen Gesichter angeboten haben. Berschwurden und vergessen ist jett der Anschlußgedanke, und der Nationalsozialismus begnügt sich mit dem blogen Bewußtsein, daß Ofterreich ein beutscher Staat ift. Zwischenhinein tommt bann auch wieber ein fleines Gefecht. So entruftete man sich in der Wilhelmstraße mit viel Grund darüber, daß der Pazifist, Kommunist, "Weltbuhne"-Schriftleiter und Landesverräter von Offietti von Norwegen aus ausgerechnet mit dem Friedensnobelpreis des Jahres 1935 bedacht wurde. Natürlich handelte es sich hier um eine Demonstration ber norwegischen Sozialisten gegen die nationalsozialistische Gedankenwelt. Der hierauf folgende Protestichritt in Delo mußte überall bort auf Berftandnis stoßen, wo man der marristischen Bestrebungen bes Gefeierten inne wurde. Bon ungleich größerer Bebeutung ift es sobann, daß Deutschland seine Urme nach Japan ausgestreckt und biefer Grogmacht die Sand gedrückt hat. Der zwischen ben beiben Reichen abgeschloffene Batt gilt der Abwehr des Bolichewismus: Gegenüber dem barbarischen Tun und Denken sollen die höchsten Guter der Menschheit geschütt werden. Darum ergeht auch die Einladung zum Beitritt an alle anderen Staaten. Das ift viel und wenig.

Viel ist es insofern, als nun Deutschland und Japan — zwei gleichermaßen ausbehnungswillige Nachbarn Rußlands — gegen die von dort ausgehende weltanschauliche Strömung Stellung nehmen und also in ein besonderes Vertrauensverhältnis zueinander getreten sind, dem gewiß noch andere Abmachungen solgen können, wenn sie nicht heute schon existieren. Wenig dagegen ist es insosern, als
es nur eine weltanschauliche Front ist, die da gebildet wurde ohne eigentliche handgreisliche Mittel, Folgen und Ziele. Wer wollte daran zweiseln, daß dieser Pakt
sosort in den undeteiligten Ländern gemischte Gefühle hervorries? In England
betrachtete man das Verhältnis als unerwünscht, in Frankreich war man natürlich
wieder einmal bestürzt, die Tschechoslowakei sühlte sich bedroht, Italien hält sich
in Distanz und Polen erklärt, daß es nicht mitmache. Ferner: Wer kann es den
außenstehenden Staaten verargen, daß sie trot der gegenteiligen Beteuerungen
hinter diesem antibolschewistischen "Kreuzzugs"-Vertrag noch heimliche militärische
und politische Abmachungen vermuten? Deutschland hat jedensalls der Welt wieder
ein neues Kätsel ausgegeben.

Derweilen macht im Innern bes Landes die Konzentration auf die nationals sozialistische Weltanschauung weitere Fortschritte. Durch ein Reichsgesetz ist die gesamte deutsche Jugend in der hitlerjugend zusammengefaßt und dem Reichsjugenbführer unterstellt worden, eine Magnahme, welche gang besonders die Rirchen schwer trifft, weil sie den Untergang sämtlicher kirchlichen Jugendorganisationen bedeutet. Sodann hat Goebbels die Runftfritif verboten: anstatt Rritif foll instünftig Runftbetrachtung und Runftbeschreibung gepflogen werden. Auch berjenige, welcher sich bislang über gewissenlose Kritikaster geärgert hat und eine Burechtweisung folder Leute herbeimunscht, wird sich nun fragen, mas bei einer blogen Betrachtung und Beschreibung herauskomme. Schließlich hat eine ernste Kritik doch auch ihre befruchtenden Momente. In diesen Zusammenhang gehört als dritte Ericheinung die Androhung der Todesftrafe für Devijenhinterzieher. "Ein deutscher Staatsangehöriger, der wissentlich und gewissenlos aus grobem Eigennut ober aus andern niedern Beweggründen Vermögen nach dem Ausland verschiebt oder im Ausland stehen läßt und damit der deutschen Wirtschaft schweren Schaben zufügt", wird mit bem Tode bestraft. Nach bisheriger Auffassung stand die Todesstrafe in Friedenszeiten nur auf dem Mord als einem Bergeben gegen das höchste ideelle But, das Leben; es ist typisch für die neue Auffassung der Bolksgemeinschaft im Dritten Reich, daß diesem höchsten ideellen Gut nun auch fehr materielle Belange gleichgestellt werden. Bei solcher gewaltigen Ausbehnung bes Staates nach allen Richtungen muß es natürlich auch ber Kirche unbehaglich werden. Erneut haben barum die evangelischen Rirchenführer barüber Rlage erhoben, baß bie driftliche Kirche zurudgebrängt und wie alles ihr Heilige herabgesett werbe. Desgleichen bringt aus einem katholischen Hirtenbrief eine Rlage über schweren Gewissengbrud, die endet in einem Aufruf gur Opferbereitschaft und gum Beten für bie beutsche driftliche Rirche. So ichwach bie beutschen Rirchen beute sein mogen, fo bilden sie doch die allergrößten Gegenmächte bei einer Überspannung des nationalsozialistischen Gebankens, sodaß auch der Staat, wenn ihm seine Existenz lieb ift, an einem annehmbaren Modus vivenbi das größte Interesse hat.

\* \*

Vor bald zwei Monaten sind die spanischen Nationalisten in Stadtteile von Madrid eingedrungen. Schon das bedeutete eine Verspätung, weil die Einnahme ursprünglich auf den 15. August vorgesehen war. Nun sind die Ausständischen aber seit ihrem ersten Eindringen sozusagen keinen Schritt vorwärts
gekommen. Wiewohl die russische Unterstützung der Milizarmee sich deutlich sühlbar macht, kann man sich die heutige militärische Stagnation nur durch ein Bögern des Generals Franco erklären, denn bei einem weiteren forschen Vorgehen
wäre wohl Madrid schon längst in seinen Händen. Allerdings wäre dann auch die

Stadt gertrümmert, beren Zivilbevölferung und beren Bauten er vielleicht ichonen will. So dauern die kleinen Rämpfe im Innern der Stadt eben weiter und alle Gefahren, Grausamkeiten und Leiden der Bevölkerung damit. Die Stadt ist weiterhin dem Bombardement ausgesett, nachdem der schweizerische Bundesrat, bezw. bas Rote Rreuz, mit seinem Borschlag auf Schaffung einer neutralen Zone von ber Regierung Caballero beimgeschickt worben ift. Die grundsähliche Erwägung des entstohenen Regierungschefs, daß die gesamte Zivisbevölkerung Madrids als nicht mitkämpfend betrachtet werben muffe, wird nun biese noch viele Leiben und Opfer fosten.

Der Nichteinmischungspatt erfüllt jeinen Zweck nicht ganz. Rein Land tann da dem andern viele Verfehlungen vorhalten, aber jedes hat doch mehr oder weniger auf bem Kerbholz. Da sollen einmal 9000 speziell ausgebilbete Russen für die Bolksfrontregierung tätig sein, und als Pendant dazu liest man, bei den Aufständischen seien 5000 Deutsche - allerdings ohne Baffen, ohne Uniform und nicht in offiziellem Auftrage — eingetroffen. Daß auch von England aus der handel mit Munition nicht unterlaffen werben tann, verwundert weiter nicht, ebenfo die tätliche Sympathie der Italiener. Bei dieser Sachlage, d. h. bei der mehr ober weniger verdedten Intervention Deutschlands und Italiens, hielt die Bolksfrontregierung den Moment zu einem Appell an den Bölkerbundsrat für gekommen. Unter Berufung auf Artikel 11 des Bölkerbundspaktes machte sie den Kat darauf aufmerksam, bag bas Berhalten biefer beiben Länder geeignet fei, ben Frieden gu beeinträchtigen. Über die ihr zuteil werdende hilfe von Seiten Frankreichs und Sowietrußlands emporte sie sich naturlich nicht! In seiner gegenwärtigen Dhnmacht behalf sich ber Bölkerbundsrat am 13. Dezember mit einer Resolution, worin er den Bunsch aussprach, die Bölkerbundsmitglieder möchten sich der Ginmischung enthalten und die Einhaltung ihrer Verpflichtungen strenge kontrollieren. Dan verfolge auch mit Sympathie die Bemittlungsaktion ber Bestmächte und wolle ben Bestrebungen zum Wiederaufbau Spaniens seine Unterstützung leihen. — Alles in allem ist der spanische Bürgerkrieg auf einem toten Punkte angelangt: Die Kriegführenden kommen nicht weiter und ihre auswärtigen Freunde muffen sich zurudhalten. Da scheint allerdings der Moment einer Bermittlung von außen her gekommen zu sein; aber werden sich wohl Franco und Caballero zu einer Befragung bes Landes herbeilaffen? Bei ber großen Erbitterung glauben wir das nicht: die Waffen werden entscheiden.

König Eduard VIII. hat abgebankt, und als Georg VI. ist sein Bruber, ber Herzog von Port, zum Berricher bes britischen Beltreiches ausgerufen worden. In der Abdankungsproklamation heißt es: "Ich glaube, daß ich nicht die Pflicht übersehe, die auf mir lastet, der ich im Vordergrund des öffentlichen Lebens stehe, wenn ich erkläre, daß ich mir bessen bewußt bin, daß ich diese schwere Aufgabe nicht langer mehr wirksam und zu meiner Bufriedenheit erfullen fann." Nicht nur bas: Tatfächlich konnte Eduard VIII. seine Aufgabe auch nicht mehr zur Zufriedenheit seiner Bolker erfüllen. Mit seinem Beiratsplan hatte er sich unmöglich gemacht. Niemand hatte fich ernsthaft bagegen aufgelehnt, wenn er eine rechte Bürgerstochter hatte heimführen wollen. Aber ba Mrs. Simpson, die er auserwählt hat, bereits aus nicht weniger als zwei geschiedenen Ehen stammt - der erfte Gatte mar ein Schiffsleutnant, der zweite ein Schiffsmakler und beibe leben noch — mußte sich alles gegen dieses Vorhaben empören, was Religion, Tradition und Bürde hochhält. Zum Aberfluß gaben auch noch die Umstände Anstoß, daß Mrs. Simpson Katholikin und Amerikanerin ist. So waren wirklich alle Boraussehungen für das Berabscheuen dieser Alliang vorhanden, und wenn auch gewisse Kreise dem populären Herrscher die Beirat ermöglichen und die Abbantung ersparen wollten, jo waren sich boch alle maggebenden Stellen im ganzen

Reiche über die Unmöglichkeit des Beiratsplanes einig. Bar es von Chuard VIII. ichon eine Bumutung, daß er jahrelang mit diefer Frau eine Bekanntichaft unterhielt und sich von ihr fogar auf feiner diesjährigen Mittelmeerreife begleiten ließ. fo bedeutete es ein absurdes Berhalten, daß er feinen Beiratswillen im Bertrauen auf seine Popularität durchsetzen wollte. Hier standen ihm aber hindernisse ent-gegen, mit benen er nicht gerechnet hatte. Nachdem einmal der Bischof von Bradford unter Anspielung auf bas Berhältnis die Bebeutung der Krönung erörtert hatte, nahm die Auseinandersetzung zwischen König, Rirche, Bolt und Regierung einen unerwartet schnellen Lauf. Wie es ber richtigen Auffassung entspricht, berweigert die anglikanische Rirche einem geschiedenen Chegatten die Trauung, und sie kann ihm auch das Abendmahl verweigern, welches die unumgängliche Boraussetzung der Krönung ift. Dieses hindernis stand von Anfang an fest. Mrs. Simpson konnte aber auch als Ratholikin nicht die Gattin des Rönigs als des Berteidigers des protestantischen Glaubens werden. überhaupt baumte sich ber gange Stolg Englands auf bei bem Gebanken, bag biefes Frauengimmer ben Rönigsthron besteigen könnte. Der Rönig selber scheint lange die Soffnung gehegt ju haben, daß eine morganatische Che burch ein besonderes Beset ermöglicht werden könne, aber die Regierung ließ durch Baldwin eindeutig erklären: "Die Regierung Seiner Majestät ist nicht bereit, ein solches Gesetz einzubringen." Da tropbem ber Heiratsplan nicht fallen gelassen wurde, kam schließlich nur noch die Abbankung in Frage, die bann am 10. Dezember auch wirklich erfolgt ift. Eduard VIII. wurde zwar in ben allerhöflichsten Formen verabschiedet, aber tatfächlich bebeutet sein Sturg doch eine scharfe Berurteilung sener Haltung und feiner Bumutungen. Damit hat er England und bem britischen Weltreich, insbesonbere aber dem Rönigtum fehr schlechte Dienste geleistet. Die sonst schon mankende britifche Einheit erhielt einen neuen Stoß, ber ihre Bande noch mehr gelodert hat.

Bülach, am 16. Dezember 1936.

Walter Hildebrandt.

## Kultur-und Zeitfragen

## Nachhall "reichswichtiger" Kunst.

Lasset Lied und Bild verhallen, Doch im Innern sei's getan! Goethe.

"Schiller sagt: Ernst ist das Leben, heiter die Kunst. Bielleicht kann man aber von mir sagen, daß ich die Kunst schon besonders ernst genommen habe, und dies mich besähigen dürste, auch für die Beurteilung des Lebens unschwer die rechte Stimmung zu sinden." Dies schreidt Richard Wagner 1864 in seiner Schrift "Aber Staat und Religion". Er meint dann noch: "Genau genommen, war ich dahin gelangt, in meiner Forderung den Schiller'schen Sat umzukehren, und verslangte meine ernste Kunst in ein heiteres Leben gestellt zu wissen." — Kam ernste Kunst im düstern Sommer 1936 zur Geltung? Dies läge uns am Herzen, so möchten wir die Frage des "Max. Albertus" sassen ser hier, im Oktober-Heft, frug, ob Europa sich "amüsiert" habe? Sein lebensprühender Aussah wurde von besreundeten Lesen sogar uns zugeschrieben . . . zudiel Ehre! Aber da er und noch ein Mitarbeiter zwar von Festspielen sprachen, aber nur von außerdeutschen (das Lob Salzburgs klänge lauer, läge es im Reich!) und sonderbarerweise mehr vom Orum und Oran, von Moden, Snob und Amusement (was für uns immerhin